MAECENATA ACTUELL

Nr. 58 - Dezember 2006

Journal des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft
an der Humboldt-Universität zu Berlin

Beiträge

Andreas Wirsching
Zwischen Entstaatlichung und Überforderung.Historische Überlegungen zum Staatsverständnis in Deutschland am Beginn des 21. Jh.

Daniel Rose
My Brother‘s Keeper

Mareike Alscher
Genossenschaften im Aufwind?

Sabine Reimer
Corporate Governance und Ethik?

Rupert Graf Strachwitz
Maecenas in Hamburg?

Evgueni Preine
Stiftungsliteratur 1870-1914

Veronika Hofmann
Bemerkungen zur Entwicklung des Gemeinnützigkeitsrechts in Europa

Rupert Graf Strachwitz
Bekommt die Zivilgesellschaft neue Rahmenbedingungen?
Zu den Ankündigungen von Minister Steinbrück

Inhalt

Editorial ... 3

Andreas Wirsching: Zwischen Entstaatlichung und Überforderung.
Historische Überlegungen zum Staatsverständnis in Deutschland am Beginn des 21. Jh. ... 3

Daniel Rose: My Brother's Keeper ... 7

Mareike Alscher: Genossenschaften im Aufwind? ... 12

Sabine Reimer: Corporate Governance und Ethik? ... 22

Rupert Graf Strachwitz: Maecenas in Hamburg? ... 24

Evgueni Preine: Stiftungsliteratur 1870-1914 ... 25

Veronika Hofmann: Bemerkungen zur Entwicklung des Gemeinnützigkeitsrechts in Europa ... 29

Rupert Graf Strachwitz: Bekommt die Zivilgesellschaft neue Rahmenbedingungen? Zu den Ankündigungen von Minister Steinbrück ... 31

Berichte und Notizen ... 33

- Matthias Freise und Markus Behr: Ein Jahr „Nonprofit-Management and Governance“ Der Münsteraner Weiterbildungsstudiengang zieht erste Zwischenbilanz ... 33
- Philipp Hoelscher: Good Europe? Power, Participation and the Remaking of Civil Society. Eine Konferenz des British Council in Bratislava ... 34
- Philipp Hoelscher: Gemeinwesenarbeit von Bürgerstiftungen für demokratische Kultur ... 35
- Sonderpreis „Pro Ehrenamt“ geht an Michael Bürsch ... 36
- „Hilfen für Helfer“ vorgestellt ... 36
- Bundesfinanzministerium setzt Rundschreiben zu Mitgliedbeiträgen in Kulturfördervereinen aus ... 36
- Hochschulmäzene in Deutschland: 200 Millionen Euro-Spende an die International University Bremen ... 37
- Princeton University auf Rückgabe von 750 Millionen Dollar Spendengelder verklagt ... 37
- Zunahme der Spenden an die 400 größten Wohltätigkeitsorganisationen der USA ... 37
- Die Fußball-WM: Gut fürs Bürgergefühl? ... 38
- KOMPASS 2006 - Stiftungskommunikation ausgezeichnet ... 38
- www.kulturfoerderung.org: Deutsches Informationszentrum Kulturförderung (DIZK) ... 38
- Maecenata International übernimmt Vorsitz im Netzwerk Transnational Giving Europe ... 39

Neuerscheinungen ... 40

Termine und Ausschreibungen ... 41

Mitteilungen aus dem Institut ... 45

Was plant das Maecenata Institut 2007 ? ... 45

- Tagung zu Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft ... 46
- Tagung Diskontinuitäten im deutschen Stiftungswesen. Praxis, Forschung, gesellschaftliche Relevanz ... 46
- Tagung Venture Philanthropy: A viable approach for Germany? ... 47
- Verleihung des Feri Stiftungspreises 2006 ... 48
- Die nominierten Stiftungen ... 48

Neuerscheinungen ... 49

Veröffentlichungen des Maecenata Instituts ... 51

Impressum ... 53

 © 2006 Maecenata Institut

Mareike Alscher

Genossenschaften im Aufwind ?

1. Einführung

Eine in den letzten Jahren zunehmende Anzahl von Neugründungen und die Novelle des Genossenschaftsgesetzes im August 2006 weisen auf eine steigende Aktualität der Unternehmens- und Rechtsform der Genossenschaft hin. Bereits seit einiger Zeit wird vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandels die Leistungs- und Wirkungsfähigkeit von Genossenschaften hervorgehoben (Eisen 2002: 202) und der in Deutschland schon oft totgesagten Form der Genossenschaft durchaus Überlebens- und Tragfähigkeit bescheinigt.

Die Genossenschaftsidee als Ausdruck eines kooperativen Individualismus kann bis in die Gegenwart als eine mögliche Strategie angegeben werden, um gesellschaftlichen (Krisen-) Prozessen zu begegnen. Der Gedanke der Kooperation, des Kräftebündelns, des synergetischen Austauschs unter Einbeziehung der Selbstständigkeit bietet weitreichende Möglichkeiten, um bestimmte Auswirkungen ökonomischer und sozialer Wandlungsprozesse aufzufangen und mitzugestalten. Das im August 2006 modernisierte Genossenschaftsgesetz (GenG) baut Bürokratie ab, schafft Anreize für Neugründungen und bringt Erleichterungen für bestehende und kleinere Genossenschaften. Es ist zu hoffen, dass sich Deutschland hinsichtlich der rechtlichen Regelungen für Genossenschaften bereits auf dem Weg einer nachholenden Modernisierung befindet. Der Blick ins Ausland zeigt, dass Genossenschaften in einer Reihe von Ländern ein wichtiger Bestandteil moderner Marktwirtschaften sind. Laut Angaben der International Cooperatives Alliance (ICA) haben Genossenschaften in den EU-Mitgliedsstaaten vor allen Dingen im primären und tertiären Sektor wichtige Marktanteile (Dellheim 2004: 8). So lag der Marktanteil der Genossenschaften in der Landwirtschaft in den Niederlanden bei 83%, in Finnland bei 79% und in Italien bei 55%. Die im Dienstleistungssektor angesiedelten Konsumgenossenschaften sicherten sich in Finnland einen Marktanteil von 36%, in Schweden von 20%, in Frankreich hingegen von nur 2%. Im Bereich Gesundheits- und Arzneimittelwesen sind Genossenschaften in Spanien mit einem Marktanteil von 21% und in Belgien mit 18% besonders stark.

Auch in Deutschland ist das Genossenschaftswesen eine feste Größe, nur wurde ihm in den letzten Jahrzehnten nicht die Aufmerksamkeit geschenkt, die ihm eigentlich zukommt. Der folgende Beitrag will die gesellschaftliche Bedeutung von Genossenschaften herausstellen, indem neben einem historischen Rückblick das aktuelle Ausmaß und die vielfältigen Wirkungsfelder von Genossenschaften in Deutschland aufgezeigt werden. Dabei ist nicht nur der faktische Bestand von Interesse, sondern auch die Verbindung von Genossenschaften und gesellschaftlichen Teilbereichen wie Recht und Arbeit. Vor allen Dingen geht es jedoch darum, deutlich zu machen, welche Möglichkeiten Genossenschaften in der Praxis bieten. Konkrete Beispiele stellen einen Bezug zur Gegenwart her und lassen die Feststellung zu, dass spürbare Bewegung in den Genossenschaftssektor gekommen ist.

2. Historischer Rückblick

Genossenschaften haben mittlerweile eine lange Tradition und zählen bis in die Gegenwart zu den erfolgreichen Unternehmensmodellen. Ihrer Geschichte nach sind es Mitglie-

 © 2006 Maecenata Institut

derwirtschaften (Aschhoff/ Henningsen 1994: 16 ff). Hermann Schultze-Delitzsch (1808-1883) rief 1849 die erste gewerbliche Warengenossenschaft ins Leben. Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818-1888) war 1862 Begründer der Kreditgenossenschaft. Während Schultze-Delitzsch und Raiffeisen als Gründungsväter der modernen Genossenschaftsform angesehen werden, gilt Wilhelm Haas (1839-1913) als Pionier hinsichtlich der Ausgestaltung der genossenschaftlichen Organisation. Durch seine Initiative entstanden zum Beispiel landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaften. Die Genossenschaften von Schultze-Delitzsch und Raiffeisen waren das Ergebnis einer voranschreitenden Industrialisierung, die im handwerklichen aber auch landwirtschaftlichen Bereich zu einer verstärkten Konkurrenzsituation geführt hatte.

In Deutschland lassen sich bis zu fünf Gründungswellen von Genossenschaften ausmachen (vgl. Mersmann/ Novy 1991: 33 ff.):

- in den 50er und vor allem 60er Jahren des 19. Jahrhunderts (Genossenschaftsgründungen von Handwerkern, Kleingewerbetreibenden und Landwirten);
- während der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts bis ins erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts (vor allem Arbeiterkonsumgenossenschaften und Baugenossenschaft);
- zu Beginn der Weimarer Republik (Aufschwung der Konsum- und Baugenossenschaften);
- nach Kriegsende 1945 (zu Neugründungen kommt es vor allen Dingen im Bereich der Baugenossenschaften);
- seit Mitte der 70er Jahre (Alternativbewegung und ihre Ansätze zu einer Selbsthilfeökonomie).

Gemeinsam ist den Bewegungen ein Solidaritätsanspruch. Genossenschaften sind eine Kooperationsform, die die Idee der Selbsthilfe, aber auch der Fremdhilfe aufgreift.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Genossenschaften besonders in gesellschaftlichen Krisensituationen Aufmerksamkeit erfahren (Hettlage in Strachwitz 1998: 143). Das traf bislang sowohl bei fehlender Marktversorgung (Marktversagen) und Grenzen staatlicher Leistungsmöglichkeiten (Staatsversagen) zu. Künftig könnten genossenschaftliche Aktivitäten u. a. im Bereich der Übernahme kommunaler Aufgaben liegen (z. B. Schwimmbäder, Wasserversorgung).

3. Organisationsprinzipien

Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung, die normative Grundsätze der genossenschaftlichen Organisationsform, sind auf Schulze-Delitzsch zurückzuführen (Zerche/Schmale/Blome-Dress 1998: 10 ff.). Solidarische Selbsthilfe in Form einer Genossenschaft dient der Verfolgung gemeinsamer wirtschaftlicher und anderer Interessen, die lokal erkannt, gebündelt und gleichberechtigt sowie demokratisch zum Ausdruck gebracht werden.

Diesem konstanten Moment steht die Veränderbarkeit und Wandelbarkeit von Genossenschaften gegenüber. Genossenschaften sind keine starre Organisationsform, sondern wandeln sich in Abhängigkeit von den Beteiligten und der jeweiligen Umgebung. Insofern wird zwischen der Wirtschafts- und der Rechtsform der Genossenschaft unterschieden. Als Wirtschaftsform ist „Eine Genossenschaft (…) eine Personenvereinigung mit nicht geschlossener Mitgliederzahl, deren Zweck es ist, entsprechend dem ihr erteilten Grundauftrag die Eigenwirtschaft der Mitglieder mit geeigneten Mitteln und Maßnahmen namentlich mittels gemeinsam getragener Betriebswirtschaft zu fördern.“ (Henzler in Brentano 1980: 61). Der Internationale Genossenschaftsbund (IGB, gegründet 1895 mit Sitz in Genf) formulierte 1995 folgende Genossenschaftsprinzipien (vgl. Mükner et. al in Zerche 1998: 15):

- freiwillige und offene Mitgliedschaft,
- demokratische Mitgliederkontrolle,
- Teilnahme der Mitglieder am wirtschaftlichen Erfolg ihrer Genossenschaft,
- Selbstverwaltung und Unabhängigkeit,
- Erziehung und Ausbildung der Mitglieder sowie Information der Öffentlichkeit,
- Zusammenarbeit der verschiedenen Genossenschaften und
- Verantwortung für die sie umgebende Gesellschaft.

Die Mitglieder einer Genossenschaft müssen nicht nur ökonomischen Zielen verpflichtet sein, sondern können auch kulturelle und soziale Zwecke verfolgen (Schlosser 2003: 86 f.). Lange Zeit war das Genossenschaftswesen vor allem in den fünf großen Bereichen Bankwesen, Landwirtschaft, Gewerbe, Konsum und Wohnen vertreten. Recht neu sind hingegen Erscheinungsformen, die oftmals unter dem Begriff „alternative Genossenschaften“ zusammengefasst werden. Hierunter fallen zunächst sämtliche Formen von Dienstleistungsgenossenschaften, die in verschiedenen Branchen agieren. Im Unterschied zu traditionellen Genossenschaftsformen werden von ihnen komplexere Aufgaben z. B. im Management- und Marketingbereich übernommen, die von der Auftragsakquisition bis hin zu Weiterbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen reichen (Eisen 2002: 201). Burghard Flieger hat einen ersten Versuch unternommen, einige Genossenschaften unter dem Sammelbegriff Sozialgenossenschaften näher

 © 2006 Maecenata Institut

zu bestimmen (Flieger 2003: 23 ff.). Er fasst darunter all jene Genossenschaften, die im sozialen Sektor arbeiten und vor dem Hintergrund sozialer Bedürfnisse tätig sind. Zu diesen Organisationen zählen Arbeitslosengenossenschaften, Schulgenossenschaften, Sekundärgenossenschaften der Behindertenwerkstätten, Verwaltungsgenossenschaften sozialer Einrichtungen, Seniorengenossenschaften und Wohnungsgenossenschaften in sozialen Brennpunkten. Flieger zufolge bestanden im Jahr 2003 in Deutschland etwa 100 Sozialgenossenschaften.

Obwohl das Genossenschaftswesen in Deutschland in den letzten Jahrzehnten nicht gerade einen Boom erlebte, hat es insgesamt seinen festen Platz in der Organisationslandschaft. Unter dem Dachverband DGRV (Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V.) existieren an die 8000 eingetragene Genossenschaften mit 421.000 Mitarbeitern und 20.3 Millionen Mitgliedern (vgl. Tabelle 1) (Stappel 2005: 40).

Grundsätzlich ist anzumerken, dass sich die teilweise rückläufigen Zahlen vor allem durch eine Abnahme der Genossenschaften in der Landwirtschaft erklären (Stappel 2005).

In de Europäischen Union bestehen nach Angaben des Internationalen Genossenschaftsverbundes derzeit 235.000 genossenschaftliche Unternehmen, die rund 5,5 Mio. Arbeitsplätze stellen und 140 Mio. Mitglieder haben (DGRV 2006 a: 26). Damit sind Genossenschaften zweifelsohne ein wichtiger Bestandteil nicht nur der deutschen Volkswirtschaft.

Tabelle 1: Genossenschaften in Deutschland 1980 - 2004

	1980	1990	2000	2003	2004
Genossenschaften, gesamt	11.681	8.769	9.094	8.126	7.927
Mitglieder, in Tausend	13.275	15.207	20.074	20.140	20.329
MitarbeiterIn, in Tausend	-	-	463.000	435.800	421.000

Quelle: Stappel 2005

4. Genossenschaftsrecht

Die heutige Rechtsform der Genossenschaft ist mittlerweile über 100 Jahre alt (Zerche/Schmale/Blome-Dress 1998: 9). Sie zeichnet sich dadurch aus, dass ihr oberstes Ziel immer die Förderung und Mehrung des Mitgliedernutzens ist. Das gesetzlich verankerte „Ein-Mensch-eine-Stimme-Prinzip“ garantiert hierbei ein hohes Maß an Demokratie und verspricht eine bedarfsgerechte Produktion von Dienstleistungen und Produkten. Eine Profitorientierung wird so durch die Orientierung an den Bedürfnissen der Mitglieder und damit auch an denen der Gesellschaft ersetzt. Die Möglichkeiten zur Partizipation schaffen einen identitätsstiftenden Bezug zum Unternehmen, der intensiver motivierte Lernprozesse, als auch ein stärkeres Engagement für die Ziele der Genossenschaft zur Folge haben kann.

Erstmalig in den Jahren 1871-73 eingeführt, baute das Genossenschaftsgesetz auf dem „Preußischen Gesetz betreffend die privatwirtschaftliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“ auf. Im Jahr 1889 wurde es dann mit der Möglichkeit der beschränkten Haftpflicht, der Pflichtrevision, mit Paragraphen zu Zentralgenossenschaften sowie dem Verbot der Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder für Kredit- und Konsumgenossenschaften als „Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“, kurz Genossenschaftsgesetz oder GenG in Kraft gesetzt. Im Gesetz wird bis heute die gesamte Ausgestaltung der Organisationsform Genossenschaft geregelt. Es ist dazu in die folgenden zehn Abschnitte untergliedert (vgl. www.juris.de):

- Errichtung der Genossenschaft,
- Rechtsverhältnisse der Genossenschaft und der Genossen,
- Vertretung und Geschäftsführung
- Prüfung und Prüfungsverbände
- Ausscheiden einzelner Genossen Auflösung und Nichtigkeit der Genossenschaft
- Insolvenzverfahren und Haftpflicht der Genossen
- Haftsumme
- Straf- und Bußgeldvorschriften
- Schlußbestimmungen

Für Deutschland kennzeichnend ist ein einheitliches Grundgesetz für Genossenschaften, ohne ein sektorales oder spartenbezogenes Regelwerk (Jäger 2000: 9).

 © 2006 Maecenata Institut

Seit dem 1. Mia 1889 gab es zahlreiche Novellierungen, die in Zusammenhang mit sich verändernden Rahmen- und Marktbedingungen zu sehen sind. Die in der Vergangenheit und gegenwärtig erhobenen Reformforderungen sind sehr vielschichtig, weil hier unterschiedliche Interessenlagen aufeinanderprallen.

Die letzte Novellierung des Genossenschaftsgesetzes liegt noch nicht lange zurück. „Frischen Wind und eine Zukunft für Genossenschaften" versprachen Bundesjustizministerin Brigitte Zypris und Bundeswirtschaftsminister Michael Glos anlässlich der Gesetzesnovellierung vom 18. August 2006.

Als Grundlage für die Europäische Genossenschaft wurde das „Gesetz zur Einführung der Europäischen Genossenschaft und zur Änderung des Genossenschaftsgesetzes" verabschiedet, wobei im Folgenden aufgrund des Umfangs nicht weiter auf das europäische Genossenschaftsgesetz eingegangen wird.

Ziel der Neuregelungen im deutschen Genossenschaftsgesetz ist es, bestehende Genossenschaften und genossenschaftliche Neugründungen attraktiver zu machen. Bisher wurde häufig angeführt, dass ein Rückgang der als eG verfassten Unternehmen sich auch aus rechtlichen Gründen erklären lässt (vgl. Beuthien 2000). Eine sich an bestimmten Inhalten festmachende mangelnde Anziehungskraft dieser Rechtsform wurde dabei als Ursache gesehen. Das neue Genossenschaftsgesetz leistet in einigen Bereichen Abhilfe.

Veränderungen weist der neue Gesetzestext im Bereich der Demokratisierung und Entbürokratisierung von Strukturen. Außerdem wurden Erleichterungen für Neugründungen und Kleinstgenossenschaften geschaffen sowie Möglichkeiten zur finanziellen Absicherung und zur Förderung der Stabilität von Genossenschaften in den Gesetzestext aufgenommen. Die Rechtsform der Genossenschaft kann in Zukunft vor allem für soziale Unternehmensgründungen interessanter werden. Waren solche auch schon vor der Novellierung möglich, so scheiterten sie doch oft daran, dass die im GenG § 1 (1) festgehaltenen Zwecke ausschließlich auf die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft der Mitglieder ausgerichtet waren. Im neuen Gesetzestext wurden diese um die Förderung der Mitglieder und deren soziale oder kulturelle Belange durch den gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb erweitert.

Folgende, in den einzelnen Paragraphen festgehaltene, Gesetzespassagen können sich zukünftig förderlich für Genossenschaften erweisen (vgl. DGRV 2006 b):

a) Bereich Neugründungen und Kleinstgenossenschaften

- Die Mindestzahl der Mitglieder bei Neugründungen wurde von 7 auf 3 gesenkt.
- Bei Genossenschaften mit nicht mehr als 20 Mitgliedern kann durch eine Bestimmung in der Satzung auf einen Aufsichtsrat verzichtet werden. Die Generalversammlung übernimmt dann die anfallenden Aufgaben. Daneben bleibt der Vorstand erhalten, der in diesem Fall aber aus einem, statt aus zwei Mitgliedern bestehen darf.
- Die jährliche Prüfung der Geschäftsführung entfällt für Genossenschaften, deren Bilanzsumme eine Million Euro und deren Umsatzerlöse zwei Millionen Euro nicht übersteigen.

b) Bereich Demokratisierung und Entbürokratisierung

- In verschiedenen Paragraphen werden Mitsprache- und Minderheitenrechte gestärkt (Einreichen von Wahlvorschlägen, Rede- und Antragsrechte, Einsicht in Prüfungsergebnisse).
- Eine Stärkung der Basisdemokratie kann dadurch erreicht werden, dass laut Satzung bestimmte Beschlüsse der Generalversammlung vorbehalten werden.
- Neuen Mitgliedern muss die aktuelle Fassung der geltenden Satzung ausgehändigt werden.

c) Bereich finanzielle Absicherung und Förderung der Stabilität

- Die Satzung kann Sacheinlagen als Einzahlungen auf den Geschäftsanteil zulassen.
- Investierende Mitglieder können zur Förderung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit und als Finanzierungsquelle zugelassen werden.
- Die Festsetzung zusätzlich laufender Beiträge kann einfacher vorgenommen werden, was insbesondere sozial orientierten Genossenschaften zu Stabilität verhelfen kann.

Es bleibt vorerst abzuwarten, inwiefern und in welchen Bereichen die Neuerungen im Genossenschaftsgesetz dazu beitragen können, dass verschiedene Akteure die Möglichkeiten der Selbsthilfe und Eigeninitiative wahrnehmen und Kooperationen als eine ökonomische und soziale Chance sehen.

5. Beschäftigung und Genossenschaft

Genossenschaften sind sicher kein Wundermittel zur Verbesserung der desolaten arbeitsmarktpolitischen Situation in Deutschland (vgl. Ahlers 2003: 20). Auf der Suche nach neuen Ideen und Konzepten, mit denen mehr

 © 2006 Maecenata Institut

Menschen in Beschäftigung gebracht werden können, ist das genossenschaftliche Modell aber zumindest ein Ansatz, der es wert, ist in seiner arbeitsmarktpolitischen Wirkung geprüft zu werden. Dabei soll nicht verkannt werden, dass die Rechtsform der Genossenschaft an sich keine Arbeitsplätze schafft und Genossenschaften nicht im Sinne einer Sparpolitik, Deregulierung und Privatisierung zu instrumentalisieren sind (Voss 2003).

Mit Sicherheit bietet sich genossenschaftliche Kooperation nicht zur Lösung jedes Problems an. Voraussetzungen wie zum Beispiel das Einbringen von Eigenkapital oder auch die Bereitschaft zur solidarischen Zusammenarbeit sind nicht zu unterschätzen. Zudem äußert sich genossenschaftliche Demokratie in wechselnden Mehrheiten und damit möglicherweise auch in negativen wirtschaftlichen Folgen für das Unternehmen (Smentek/Zauner 2003). Andreas Eisen, Geschäftsführer des Norddeutschen Genossenschaftsverbandes e. V. in Berlin, sieht folgende Bereiche für die Gründung von Genossenschaften als geeignet an (vgl. Friedrich Ebert Stiftung 2003):

- dauerhafte Kooperation kleiner und mittelständischer Unternehmen und von Freiberuflern,
- traditionelle Einkaufs- und Absatzgenossenschaften,
- Unternehmensnachfolge in dem die zuvor Angestellten das Unternehmen in Eigenregie übernehmen und
- Privatisierung öffentlicher Einrichtungen/Dienstleistungen.

Das Urprinzip genossenschaftlicher Kooperation, „Was für ein paar Schultern zu schwer ist, kann auf mehreren weniger lasten“, vermag jedoch grundsätzlich zur Risikoreduzierung unternehmerischer Tätigkeiten beitragen (Atmaca 2003: 50 ff.). Vorteile, die bei einer gemeinsamen Existenzgründung entstehen, liegen im materiellen sowie im immateriellen Bereich. Vom gemeinsamen Schultern finanzieller Investitionen bis hin zu einer breiteren Wissensbasis verschafft die Genossenschaft Vorteile, die das Einzelunternehmertum nicht bietet. Natürlich handelt es sich hierbei um potenzielle Vorzüge, die von den Mitgliedern erst verwirklicht werden müssen. Synergien entstehen also, wenn die Kompetenzen richtig gebündelt werden. Neben diesen Vorteilen sind jedoch auch Nachteile zu benennen. So kann die Rechtsform der Genossenschaft zu einer Einschränkung des Freiheits- und Selbstständigkeitsgrades der Mitglieder führen. Nicht zu vergessen ist dabei auch, dass gerade Neugründungen auf einen bestimmten Bestand an Unternehmen am Markt treffen und nicht konkurrenzlos sind.

Dennoch können Genossenschaften mit ihrem festen Regionalbezug und den aus der Kooperation entstehenden sozialen Ressourcen ein wichtiges Instrument innovationsorientierter Wirtschaftspolitik sein. Neben einer ökonomischen Zwecksetzung können mit genossenschaftlicher Kooperation auch gesellschaftspolitische Ziele verfolgt und gemeinwirtschaftliche Aufgaben übernommen werden. Sie sind dann eine geeignete Rechtsform für unternehmerische Tätigkeiten, wenn viele Individuen ein ähnliches wirtschaftliches und soziales Interesse haben. In diesem Fall sind es die Beschäftigten, die die Anforderungen am Arbeitsplatz am besten kennen, dadurch ihr Wissen adäquat einbringen und ihre Tätigkeit als ihr eigenes Anliegen begreifen (Voß 2003).

Vor diesem Hintergrund wurden Genossenschaften in die Berliner Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und PDS sowohl 2002 (Dellheim 2005) als auch 2006 mit einbezogen. Im Jahr 2002 wurde festgelegt, dass die Förderung von Stadtteil- und Produktivgenossenschaften im Kontext der Fortschreibung des Arbeitsmarktpolitischen Rahmenprogramms geregelt wird. In den Koalitionsvereinbarungen 2006 wird das Projekt „Genossenschaften und Kooperation“ fortgeführt und dabei stärker auf die Frage der Unternehmensnachfolge bei kleinen und mittelständischen Unternehmen ausgerichtet. Darüber hinaus will die rot-rote Koalition die Entwicklung und Bildung von Wohnungsbaugenossenschaften unterstützen (vgl. Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS für die Legislaturperiode 2006-2011).

Genossenschaften werden in Berlin im Förderprogramm Existenzgründungsdarlehen nach dem in Berlin entwickelten und fortgeschriebenen „Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitischen Rahmenprogramm (ARP)“ gefördert. Konkret bedeutet dies die Möglichkeit der Vergabe von Existenzgründungsdarlehen an genossenschaftliche Gründungsvorhaben durch die Investitionsbank Berlin.

Unterstützungsmöglichkeiten bestehen in Berlin für Existenzgründungen im gewerblichen Bereich und im Dienstleistungssektor, insbesondere für Vorhaben mit arbeitsmarkt- und frauenfördernden Struktureffekten. Um eine Förderung zu erhalten, müssen laut Vorgabe verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein. So sollten beispielsweise 70% der Antragsteller zum Personenkreis der Erwerbslosen gehören bzw. von Erwerbslosigkeit bedroht sein und kaufmännische und fachliche Qualifikation nachweisen. Die Kosten für ein einjähriges Coaching werden nur übernommen, solange das zuständige Arbeitsamt keine Weiterbildung fördert. Die Fördersätze, die zwischen 15.000 und 75.000 Euro liegen, werden für eine Laufzeit von zwei Jahren gewährleistet.

 © 2006 Maecenata Institut

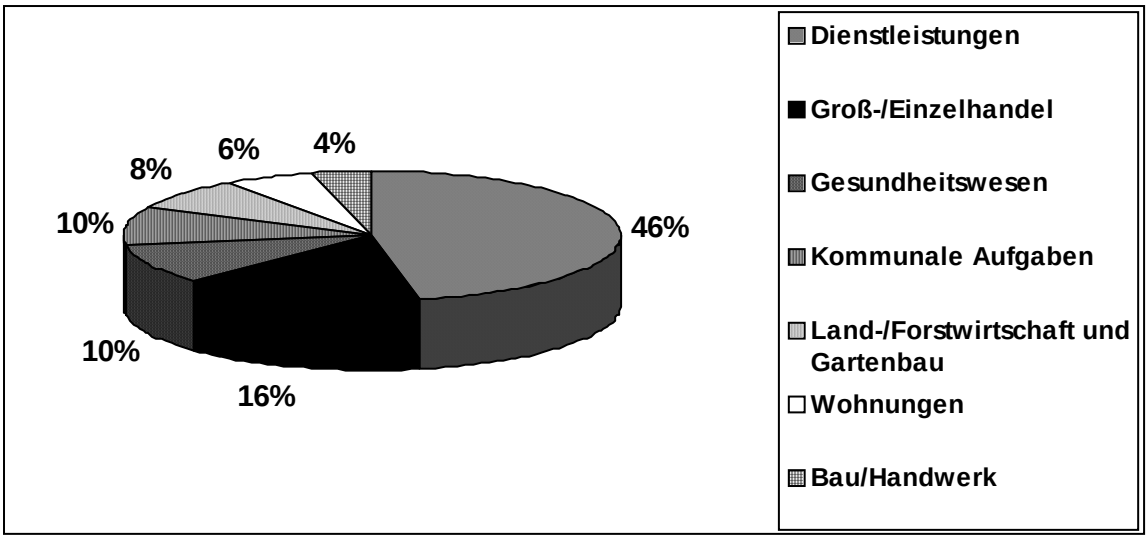
Dieses Förderprogramm fand zahlreiche Kritiker. So wird als fragwürdig angesehen, dass die potenziell Begünstigten zum überwiegenden Teil Arbeitslose sein sollen. Da das Förderprogramm lediglich an der Finanzausstattung ansetzt, wird die Gründung von Genossenschaften als eine primäre Angelegenheit der Arbeitsmarktpolitik gesehen. Solidarität mit sozial Schwachen oder andere Zielsetzungen, die von der rein ökonomischen Verwertung der Rechtsform abweichen, geraten dabei ins Hintertreffen. In der Konsequenz wurde die Förderungsmaßnahme bislang kaum oder gar nicht wahrgenommen.

6. Die Genossenschaftsidee und ihre praktische Umsetzung heute

Trotz eines Rückgangs von Genossenschaften in Deutschland insgesamt kam es in den letzten Jahren auch zu bemerkenswerten Neugründungen. Laut Angaben des DGRVs fanden sie in verschiedenen Bereichen in unterschiedlichem Umfang statt (vgl. Abb. 1).

Allein im Jahr 2005 wurden 51 neue Genossenschaften gegründet. Damit stieg die Zahl der Neugründungen zum dritten Mal in Folge – im Jahr 2004 waren es 45, im Jahr 2003 nur 33 Genossenschaften. Aus der Verteilung auf die unterschiedlichen Bereiche lässt sich schließen, dass zu den traditionellen Tätigkeitsfeldern weitere hinzugekommen sind.

Abb. 1: Neugründungen von Genossenschaften innerhalb des DGRV 2005



Quelle: DGRV 2005 (nachrichtlich)

Bezeichnungen wie neue, alternative oder sonstige Formen von Genossenschaften weisen auf eine Erweiterung des Wirkungsfeldes hin. Die neuen Genossenschaftstypen lassen eine Entwicklung erkennen, die Bewegung in das Genossenschaftswesen bringt und das Spektrum erweitert. Zwar findet man gegenwärtig weiterhin Genossenschaften, die einen Zusammenschluss von Personen in Form einer „Mitgliederwirtschaft“ sind, deren primäres Ziel also die Erwirtschaftung eines ökonomischen Vorteils für ihre Mitglieder ist. Daneben tauchen aber verstärkt Genossenschaften auf, bei denen eine nachhaltige Zwecksetzung im ökologischen und sozialen Sinne ausgemacht werden kann.

Die Identifikation einiger exemplarisch ausgemachter Tätigkeitsfelder weist auf eine Entwicklung hin, die die Multipräsenz von Genossenschaften verdeutlicht. So sind Genossenschaften nicht mehr nur in den traditionellen Bereichen von Handwerk, Landwirtschaft, Ein- und Verkauf zu finden, sondern auch in Bereichen wie Umwelt, Energie und Wasser, Gesundheitswesen, Städte und Gemeinden, Kultur, Soziales und Bildung und Beratung

Selbst in der Landwirtschaft, im Handwerk oder Ein- und Verkauf weisen Genossenschaften neue Akzente auf. Im Folgenden wird anhand einiger Beispiele diese neue Akzentsetzung demonstriert und auf Veränderungen hingewiesen.

Umwelt, Energie und Wasser: Genossenschaftlich organisierter Energiefluss – Das Bio-Energie-Dorf Jühnde eG

Seit Oktober 2005 beziehen die Menschen der Dorfgemeinde Jühnde in Niedersachsen ihre Energieversorgung aus heimischen Energieträgern (vgl. Wille 2004 a: 76 ff.). Die Deckung

 © 2006 Maecenata Institut

des Strom- und Wärmebedarfs erfolgt aus den nachwachsenden Rohstoffen Biomasse und Holz. Diese entstammen dem Anbau der ansässigen Vollerwerbsbauern (vgl. http://www.neuegenossenschaften.de/gruendungen/index.html). Die dafür nötigen Energieanlagen werden wiederum als Genossenschaft betrieben. Das Besondere an der Gesellschaft ist die Beteiligung des gesamten Dorfes. Alle Landwirte, die Gemeinde und die Kirche sind Mitglieder der Genossenschaft. Zudem hat sich die Mehrheit der Jühnder Haushalte entschlossen, ihre Wärme- und Energieversorgung umzustellen. Neben der Verwirklichung ökologischer Ziele, werden dabei auch ökonomische und soziale Zwecke verfolgt. Für die Landwirte und die Forstwirtschaft erschließen sich neue Einkommensquellen. Zusätzlich konnten drei Halbtagsstellen geschaffen werden. In erster Linie dient dies der wirtschaftlichen Unterstützung, aber auch der Zusammenhalt des Dorfes wurde durch die Genossenschaft nachhaltig gefördert. Aufgrund der aktiven Beteiligung des ganzen Ortes ist die Genossenschaft eine ideale Gesellschaftsform für das Bio-Energie-Dorf Jühnde (vgl. Wille 2004 b: 36). Die Rechtsform der Genossenschaft wurde gewählt, weil diese gerade im ländlichen Raum als eine bekannte und sichere Organisationsform gilt. Die Finanzierung des Projekts erfolgte durch die Jühnder Dorfbewohner sowie über Fördergelder. Eine dezentrale und umweltfreundliche - weil CO2-neutrale - Energieproduktion, Unabhängigkeit von großen Energieversorgern und zusätzliche Einnahmequellen für die Landwirtschaft bestimmen das Konzept der Genossenschaft.

Handwerk:
Genossenschaftlich Barrieren abbauen – Altonaer Handwerker Ring eG

Der Handwerkerring ist eine Kooperation zwischen acht Meisterbetrieben und einer Architekturgemeinschaft, die ihre Dienstleistung „barrierefreies Wohnen“ gemeinsam anbieten (vgl. Eisen 2003 a: 39). Von der architektonischen Planung über Reparaturen und Renovierungen bis hin zur Zimmerei übernimmt das Netzwerk alle Arbeiten im Rahmen von Wohnungs- und Hausumbauten (vgl. http://homepage.hamburg.de/ahr/index.html). Die Genossenschaft bietet die Möglichkeit für eine stabile Zusammenarbeit gleichberechtigter Partner, die vor allem im Handwerksbereich zukunftsweisend ist. Neben der Tatsache, dass die Gesellschaftsform von den Mitgliedern als unkompliziert und flexibel angesehen wird, hat der Kunde den Vorteil, dass er nicht mehr mit jedem Handwerker einzeln Termine vereinbaren muss. Vor allem ist der Fokus auf einen senioren- und behindertengerechten Umbau von Wohnungen hervorzuheben. Durch die Aufnahme des Konzeptes der Barrierefreiheit greift die Genossenschaft mit ihrer Dienstleistung eine soziale Dimension auf, die die Gleichstellung der Menschen fördert. Hierfür findet mitunter eine Kooperation mit dem als gemeinnützig anerkannten Verein Barrierefrei Leben e. V. statt, ein Beratungszentrum für Technische Hilfen & Wohnraumanpassung. Indem der Lebenslauf eines jeden Menschen berücksichtigt wird, zielt die Arbeitsleistung der Genossenschaft darauf ab, das Wohnumfeld so zu gestalten, dass man darin so lang wie möglich selbstständig und aktiv leben kann. Gerade im Zusammenhang mit der aktuellen demographischen Entwicklung ist das Unternehmen in diesem Sinne in zweierlei Hinsicht bedeutsam: genossenschaftlich organisiert ermöglicht es barrierefreies Wohnen.

Städte und Gemeinden:
Wasser ist Leben und Genossenschaft – Wassergenossenschaft Ellerhoop eG

Im Juli 2003 übernahm die Wassergenossenschaft Ellerhoop eG das kleine, bisher kommunale Wasserwerk (vgl. Genossenschaften – Miteinander von Bürgern, örtlicher Wirtschaft und Kommunen - Verlagsbeilage „Stadt und Gemeinde INTERAKTIV“). Zuvor war die Wasserversorgung im norddeutschen Straßendorf im südlichen Schleswig-Holstein über ein gemeindeeigenes Wasserwerk und hauseigene Brunnen geregelt worden. Die Gemeinde sah sich jedoch aus finanziellen Gründen nicht mehr in der Lage, die Aufgabe zu erfüllen.

Die Idee, sich selber mit Wasser zu versorgen, war für die Dorfbewohner von daher ein Kind der Not. Mit der Gründung einer Genossenschaft wollte man sich von einem überregionalen Wasseranbieter und den damit unkalkulierbaren Gebühren unabhängig machen (Eisen 2003 b: 15 f.). Dies bedeutete zwar zusätzliche Kosten für anstehende Investitionen, allerdings mit dem Ziel, neben einer qualitativ hochwertigen Wasserversorgung die Gebühren dauerhaft niedrig zu halten. Die bürgernahe und selbstbestimmte Wasserversorgung erforderte ein konstruktives Miteinander der Gemeinde und der Genossenschaftsinitiative, denn nur so konnten sich Hindernisse wie Skepsis überwinden lassen. Bürgerschaftliches Engagement wurde dabei zu einer tragenden Säule. Heute zählen sich die Gemeinde und der überwiegende Teil der Wasserabnehmer als Mitglieder der Genossenschaft. Vor dem Hintergrund der Deregulierungs- und Liberalisierungsdiskussionen auf dem Wassermarkt stellt die Genossenschaft im Rahmen der Übernahme kommunaler Aufgaben eine geeignete Rechtsform dar. Die nutzernahe Privatisierung lässt hier genügend Raum für örtliche

 © 2006 Maecenata Institut

Interessen. In diesem Sinne ist die Wassergenossenschaft eine Form der zukunftsweisenden Selbstorganisation.

Kultur:
Gemeinnütziges Genossenschaftskino „mal anders" – Programmkino Aalen eG

Die Idee „Andere Filme anders zeigen", als Alternative zum kommerziellen Kino, entstand im Rahmen der Agenda 21, am Tisch Soziales, in den Jahren 1998/99, (vgl. http://www.programmkino-aalen.de/inhalt_start.html).

Bis es allerdings zur konkreten Umsetzung des Programmkinos kam, sollten einige Jahre vergehen. Im Sommer 2005 war es soweit und das Projekt des ersten ehrenamtlichen genossenschaftlich betriebenen Kinos in Deutschland wurde geboren (vgl. Hoffmann 2006). Für die Rechtsform der Genossenschaft hat man sich wegen den ihr eigenen Grundprinzipien der Selbsthilfe, der Selbstverwaltung und der Selbstverantwortung entschieden. Die selbstlos tätige Genossenschaft stellt einen Gegenpool zu dem in der Stadt Aalen ansässigen Multiplexkino dar, welches sich dem Mainstream-Kino verpflichtet sieht. Über 350 Genossen und Genossinnen tragen neben der Bewilligung eines Kredits von der Filmförderungsanstalt Berlin zur Absicherung der Finanzierung des Programmkinos bei. Daneben jedoch wird das Kino ehrenamtlich betrieben. Das hierfür nötige Engagement organisiert sich derzeit in sechs Arbeitsgemeinschaften:

- Gründungsvorbereitung und Finanzen
- Betrieb
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Programmgruppe
- Gastronomie
- Kooperationsgruppe

Zweck und Gegenstand der Genossenschaft ist der Betrieb eines jedermann zugänglichen, nichtgewerblichen Programmkinos, in dem künstlerisch wertvolle oder in besonderem Maße informative Filme gezeigt werden. Zu den Aufführungsveranstaltungen gehört nicht nur das Abspielen der Filme, sondern auch die Möglichkeit zur gemeinschaftlichen Reflexion des Konsumierten. Neben kurzen thematischen Einführungen in die Filme sind zum Beispiel Veranstaltungen mit Regisseuren und Schauspielern sowie Nachgespräche geplant. Der Bildungsauftrag, den sich das Genossenschaftskino zuspricht, wird hierbei groß geschrieben.

Wichtig ist den Mitgliedern auch die Einbindung in die kommunale und kulturelle Arbeit, die durch eine regelmäßige Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen und Vereinen in Aalen, wie z. B. Schulen, Theater, Stadtbibliothek und Ausländervereine, hergestellt wird.

Ein solches Konzept kann für viel Aufbruchstimmung sorgen, sozialen Zusammenhalt und Austausch schaffen und in diesem Sinne ein hohes Integrationspotenzial aufweisen. Die Rechtsform der Genossenschaft erweist sich hierfür als ein geeigneter Rahmen und Träger.

Soziales:
Genossenschaftlich nähren und pflanzen – Cena et Flora eG

Cena bedeutet essen und Flora Pflanzenreich – mehr Lateinkenntnisse sind nicht nötig, um den Sinn und das Wirken dieser gemeinnützigen Genossenschaft zu verstehen.

Ausgangspunkt für die Gründung der beschäftigungsorientierten Genossenschaft im sächsischen Riesa war die Schließung des in der Diakonie angesiedelten Vereins „Sprungbrett" (Wohlfahrt intern 2006). Seine Aufgabe bestand darin, Jugendliche in die Arbeitswelt zu integrieren. Dieser Zielsetzung hat sich die Genossenschaft angenommen, indem sie bis zu 27 Jugendlichen Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung stellt. Die dabei geleistete arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit beschreibt die soziale Dimension der seit Oktober 2004 bestehenden Genossenschaft. Für die Rechtsform der Genossenschaft entschied man sich, weil die Mitglieder, Arbeitnehmer und Fördermitglieder, sich mit deren Gedankengut identifizieren konnten. Die Finanzierung läuft über die bei 1000 Euro angesetzten Genossenschaftsanteile sowie über einen Sparkassenkredit.

Praktisch steht der Betrieb auf zwei Beinen – der Schulküche und der Gärtnerei. Die gemietete Schulküche, die in einer Schule betrieben wird und zu der drei Ausgabeküchen gehören, bekocht 500 Schüler und Lehrer. Darüber hinaus werden Catering-Leistungen und Mahlzeiten für mittelständische Unternehmen angeboten. In der ehemaligen Stadtgärtnerei, die weiterhin von der Stadt gepachtet ist, werden Pflanzen gezüchtet, die sich auf städtischen Grünanlagen wiederfinden, aber auch für den privaten Verkauf bereitgestellt werden.

Für das Engagement und die Idee der Genossenschaft wurde dem Betrieb im Juni 2006 durch den Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens der Genossenschaftspreis verliehen. Die Genossenschaft erhielt den Preis, weil sie in einem Gebiet mit einer besonders hohen Arbeitslosenquote Dauerarbeitsplätze geschaffen hat und einen Beitrag zum partizipativen Lernen leistet. In diesem Sinne verwirklicht sich der Solidaritätsgedanke in einem genossenschaftlichen „Essens- und Pflanzenreich".

 © 2006 Maecenata Institut

Bildung:
Genossenschaftlich Schule machen – Schulgenossenschaft Eichenschule eG

Schulgenossenschaften sind Sozialgenossenschaften, so auch die gemeinnützige Eichenschule eG im nördlichen Niedersachsen. Hervorgegangen ist diese 1948 aus einer Elterninitiative. Von Beginn an folgte diese den Prinzipien der Selbsthilfe und Eigenaktivität (vgl. http://www.eichenschule.de/). Heute wird das staatlich anerkannte Gymnasium von ca. 1000 Schülern besucht und von 3000 Mitgliedern, darunter Eltern, Lehrer und Schüler, getragen (Prahst 2005). Zudem finden rund 70 Lehrkräfte Beschäftigung.

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ideeller Bedürfnisse, in diesem Fall im Bildungsbereich. Daneben wird eine wirtschaftliche Unterstützung der Lehrer erreicht. Die Eichenschule eG bietet den Schülerinnen und Schülern, wie auch den Lehrerinnen und Lehrern, Raum für nachhaltiges und ganzheitliches Lernen und Lehren. Die Eichenschule lässt sich von den Prinzipien Eigenständigkeit, Eigenaktivität, Gemeinsinn und Genossenschaftlichkeit leiten. Hierzu gehört eine gute Zusammenarbeit mit der Gemeinde, den örtlichen Vereinen, den Kirchen und anderen Einrichtungen.

Ziel ist es, die Schule so zu gestalten, dass Genossenschaftlichkeit als Spezifikum der Schule erlebt und wahrgenommen wird. Praktiziert wird dieses Leitbild durch die Kooperation von Lehrern, Schülern und Eltern, die bei der Gestaltung der Schulkultur und des Bildungsprozesses mitwirken.

Schülerinnen und Schüler sollen sich demnach nicht als Bildungskonsumenten verstehen, sondern lernen, eigenverantwortlich zu handeln, um dabei auch Kompetenzen für das spätere Erwerbsleben zu erlangen (von Ravensburg 2004). Dahinter steht der Anspruch, die lehrergesteuerte Fremdqualifizierung in eine Selbstqualifizierung zu überführen. Im Schulleben wird durch eine flache Hierarchie und unbürokratische Arbeitsweisen eine stetig zu verbessernde Mitbestimmung aller Beteiligten angestrebt. Diese sollen sich als Team verstehen lernen, das sich durch ein solidarisches Verhalten auszeichnet und zur sozialen Verantwortung erzieht.

So sind neben Eltern auch Schüler im Vorstand der Genossenschaft vertreten. In der Oberstufe wird im Rahmen einer Fächerkooperation die Möglichkeit gegeben, über Inhalte und Methoden der Unterrichtskonzeption mitzubestimmen.

Weitere Möglichkeiten der Kooperation bieten verschiedene Veranstaltungen wie zum Beispiel die Genossenschaftsversammlungen, die Gesamtkonferenzen, Treffen des Elternrates, regelmäßige Schulversammlungen, Klassenfahrten und Schulfeste.

Auf diese Weise werden der Zusammenhalt der Schulgenossenschaft und die Verbundenheit mit den Menschen in der Region gefestigt. Die Schule ist nicht mehr nur ein Lernort im engeren Sinne, sondern auch ein Lebensort, der soziale Kontakte sowie soziales Lernen ermöglicht.

Ein- und Verkauf:
Grenzenlos genossenschaftlich – F.A.I.R.E. Warenhandels eG

Die F.A.I.R.E. Warenhandels eG wurde im Oktober 1996 in Dresden gegründet und vertreibt fair gehandelte Produkte, wie Lebensmittel und Kunst- und Gebrauchsgegenstände (Stephan 2003). Fair heißt, die Produkte stammen von Produzenten aus den ärmeren Ländern der Welt und werden zu einem sozial angemessenen Erzeugerpreis aufgekauft. Auf diese Weise wird den benachteiligten Bevölkerungsgruppen, vom Handwerker bis zum Kleinbauern, eine soziale und ökonomische Perspektive eröffnet, die ihnen sonst verwehrt bliebe.

Hintergrund für die Gründung der Genossenschaft war die Schließung des Außenlagers Ost der gepa mbH, dem größten Importeur von fair gehandelten Produkten Deutschland. Mit dem Zusammenschluss von ehemaligen Mitarbeitern griff man das Konzept der Selbsthilfe auf, um die Versorgung der Region Sachsen und Thüringen mit fair gehandelten Produkten sicher zu stellen. Mitglieder der Genossenschaft sind Privatpersonen, Weltläden und entwicklungspolitische Bildungsvereine. Letztere sollen durch die Genossenschaft wirtschaftlich gefördert werden, zumal ihr Überleben oftmals von ehrenamtlichem Engagement abhängt. Zu den Kunden zählen die Mitglieder selbst, Naturkostläden, entwicklungspolitische Aktionsgruppen sowie Jugend- und Sozialeinrichtungen. Der Einkauf kann einerseits über Bestellung erfolgen, andererseits besteht die Möglichkeit im genossenschaftseigenen Weltladen, der sich an das Warenlager angliedert, die Ware direkt zu erwerben. (vgl. http://www.faire.de/welcome.php?usession=).

Durch die Gründung der Genossenschaft wurden nicht nur Arbeitsplätze erhalten, vielmehr leistet sie mit ihrem sozialen Anliegen einen Beitrag zum Bewusstsein unterstützender Solidarität mit armen Bevölkerungsgruppen und erfüllt dabei einen Bildungsauftrag. Insofern agiert die Genossenschaft in sozialer und ökonomischer Perspektive in zweifacher Hinsicht solidarisch: ins eigene Land hinein und

 © 2006 Maecenata Institut

nach außen durch den gleichberechtigten Umgang mit anderen Kulturen.

7. Fazit

Abschließend lässt sich feststellen, dass Genossenschaften weiterhin eine gefragte Rechts- und Unternehmensform sind. Ob auf nationaler oder internationaler Ebene: Die soziale und ökonomische Bedeutung von Genossenschaften ist nicht von der Hand zu weisen. Ihr vielseitiges Erscheinungsbild und die Erschließung neuer Tätigkeitsfelder lassen vermuten, dass künftig vermehrt auf die alten Idee der Kooperation zurückgegriffen wird und Genossenschaften auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der Gesellschaft spielen werden. Es ist zu erwarten, dass ihre Präsenz in den verschiedenen Bereichen den Genossenschaften nochmals neuen Auftrieb verleiht. An den vorgestellten Beispielen wurde deutlich, dass die Idee der Genossenschaft auch zur Lösung gegenwärtiger Probleme geeignet ist. So ist sowohl die Schaffung von Arbeitsplätzen als auch der Gedanke des gemeinnützigen solidarischen Agierens für eine in sozialer, ökonomischer und ökologischer Hinsicht nachhaltig gestaltete Gesellschaft gleichermaßen bedeutend.

Die Idee der genossenschaftlichen Kooperation ist demzufolge durchaus zeitgemäß und zukunftsträchtig. Das novellierte Genossenschaftsgesetz kann dazu beitragen, dass in Zukunft bei anstehenden Unternehmensgründungen die Rechtsform der Genossenschaft noch stärker in Betracht gezogen wird.

Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, das Genossenschaftswesen im Hinblick auf seine jüngsten Tendenzen und Akzentuierungen verstärkt wissenschaftlich zu untersuchen.

Die Autorin ist Studentin der Soziologie (Diplom) an der FU Berlin. Der Beitrag ist im Rahmen des am WZB durchgeführten Projekts "Genossenschaftswesen im 3. Sektor auf nationaler und internationaler Ebene" entstanden. Kontakt: mareikealscher@gmx.de

Literatur

Ahlers, Susanne (2003): Stadtteil- und Produktivgenossenschaften – ein Weg zu mehr Beschäftigung in Berlin. In: Tagungsreport. Genossenschaftsgründungen - ein Weg zu mehr Beschäftigung, Schriftenreihe der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Band 61. Berlin, S. 19-24

Aschoff, Gunther/Henningsen, Eckart (1994): Das deutsche Genossenschaftswesen. Frankfurt am Main: Fritz Knapp Verlag

Atmaca, Delal (2003): Kooperative Ansätze zur Regionalentwicklung: Existenzgründung (und Existenzsicherung) durch genossenschaftliche Selbsthilfe. In: Tagungsreport. Genossenschaftsgründungen - ein Weg zu mehr Beschäftigung, Schriftenreihe der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Band 61. Berlin, S.39-58

Beuthien, Volker (2000): Zeit für eine Genossenschaftsrechtsform. In: Der Betrieb, 23/2000. S. 1161-1164

Brentano, Dorothee (1980): Präzisierung des Entstehungsaspekts von Genossenschaften. In: Brentano, Dorothee (Hrsg.): Grundsätzliche Aspekte der Entstehung von Genossenschaften. Berlin: Duncker & Humblot, S. 55-74

Dellheim, Judith (2004): Genossenschaftliche Unternehmen und Organisationen als Akteure der Zivilgesellschaft. Genossenschaftliche Ansätze Solidarischen Wirtschaftens – europäische Erfahrungen. Arbeitsmaterial zum Workshop. Rosa-Luxemburg-Stiftung

Dellheim, Judith (2005): Neue Genossenschaften in Berlin zwischen bürgerschaftlichem Engagement, Selbsthilfe und Regionalentwicklung. Rosa-Luxemburg-Stiftung

DGRV e.V. (Hrsg.) (2006 a): Zahlen und Fakten der genossenschaftlichen Banken, Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften. Wiesbaden: Deutscher Genossenschafts-Verlag eG

DGRV e.V. (Hrsg.) (2006 b): Der Gesetzesbeschluss zur Novellierung des Genossenschaftsgesetzes. Synopse der nach dem Gesetzesbeschluss des Bundestages vom 19. Mai 2006 vorgesehenen Änderungen und der bisherigen Gesetzesfassung

Eisen, Andreas (2002): Die Genossenschaft ist ein Zukunftsmodell. Neue Genossenschaften und neue Perspektiven für genossenschaftliche Lösungen. In: Harnisch, Markus (Hrsg.): Genossenschaftsmodelle – zwischen Auftrag und Anpassung. Berlin: Papyrus Druck GmbH, S. 201-218

Eisen, Andreas (2003 a): Zukunft durch Kooperation - Genossenschaftlicher Handwerkerring. In: Dialog – Mitteilungen des Genossenschaftsverbandes Norddeutschalnd e.V. (Hrsg.), 9/2003, S. 39 f.

Eisen, Andreas (2003 b): Privatisierung erstmals auf Genossenschaftsbasis. In: Dialog – Mitteilungen des Genossenschaftsverbandes Norddeutschalnd e.V. (Hrsg.), 9/2003, S. 15 f.

Flieger, Burghard (2003): Sozialgenossenschaften. Neu-Ulm: AG SPAK Bücher

Friedrich Ebert Stiftung (2003): Dokumentation des Expertengesprächs „Genossenschaften als Wirtschaftspolitisches Instrument im Land Berlin“, Mai 2003

Göler von Ravensburg, Nicole (2004): Wir-eG macht Schule – oder – Hut ab! vor einer ganz neuen Art Schulgenossenschaft. In: CONTRASTE, November 2004, S. 13

Göler von Ravensburg, Nicole (2004): Lernen fürs Leben – wenn Schüler gemeinsam wirtschaften. In: Contraste, Mai 2004, S. 13

Hettlage, Robert (1998): Die Genossenschaft. Unternehmen und Organisationen des Dritten Sektors. In: Graf Strachwitz, Rupert (Hrsg.): Dritter Sektor – Dritte Kraft: Versuch einer Standortbestimmung. Düsseldorf: Raabe, S. 141-161

Hoffmann, Jule (2006): Mitglieder – Rückkehr der Kinoretter. In: Kinema Kommunal, 2/ 2006 , Seitenzahl nicht verfügbar

Jäger, Wilhelm (2000): Ist das deutsche Genossenschaftsgesetz noch zeitgemäß? Erwartungen, Wünsche und EU-politische Vorstellungen. Hamburg: Hammonia-Verlag

Mersmann, Arno/Novy, Klaus (1991): Gewerkschaften, Genossenschaften, Gemeinwirtschaft. Hat eine Ökonomie der Solidarität eine Chance? Köln: Bund-Verlag

Prahst, Joachim (2005): Schule genossenschaftlich gestalten. In: Dialog - Mitteilungen des Genossenschaftsverbandes Norddeutschland e. V. (Hrsg.), 12/2005, S. 40

Schlosser, Irmtraud (2003): Genossenschaften als Antwort auf Kapitalversagen. Ansätze und ungenutzte Potenziale in Deutschland. In: Mut zur konkreten Utopie. Alternativen zur herrschenden Ökonomie. Flugschrift kritischer Wissenschaft, 08/2003, S. 83-92

 © 2006 Maecenata Institut

Schneider, Ulrike (2006): Erstes Kinofeeling. In: Schwäpo, 07/2006, Seitenzahl nicht verfügbar

Senat für Wirtschaft, Arbeit und Frauen (2005): Richtlinien für die Vergabe von Existenzgrüdungsdarlehen nach dem Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitischen Rahmenprogramm (ARP) vom 28. Dezember 2005, Berlin

Smentek, Sabine/Zauner, Margrit (2003): Produktivgenossenschaften als Rettungsanker der Arbeitsmarktpolitik? In: Tagungsreport. Genossenschaftsgründungen - ein Weg zu mehr Beschäftigung, Schriftenreihe der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Band 61, Berlin, S. 75-78

Soden, Susanne von (2004): Wassergenossenschaft Ellerhoop eG. In: Genossenschaften – Miteinander von Bürgern, örtlicher Wirtschaft und Kommunen - Verlagsbeilage „Stadt und Gemeinde INTERAKTIV“, 9/ 2004, S.7 f.

Stappel, Michael (2005): Die deutsche Genossenschaft 2005. Entwicklung – Meinungen - Zahlen. Wiesbaden: Deutscher Genossenschafts-Verlag eG

SPD (2006): Koalitionsvereinbarungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Linkspartei PDS für die Legislaturperiode 2006-2011

Voß, Elisabeth (2003): Neue Arbeitsplätze in Genossenschaften. In: Tagungsreport. Genossenschaftsgründungen - ein Weg zu mehr Beschäftigung, Schriftenreihe der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Band 61, Berlin, S.101-105

Wille, Hans (2004 a): Bio-Energie-Dorf Jühnde eG – Ein Dorf steht unter Strom. In: Dialog – Mitteilungen des Genossenschaftsverbandes Norddeutschland e. V. (Hrsg.), 9/2004, S.36 f.

Wille, Hans (2004 b): Strom vom Acker. In: Bankinformation und Genossenschaftsforum, Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Hrsg.), 9/2004, S.76

http://www.juris.de: Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Mai 1889

http://www.neuegenossenschaften.de/gruendungen/index.html: Bio-Energie-Dorf Jühnde eG (2004): In: Dialog - Mitteilungen des Genossenschaftsverbandes Norddeutschland e.V. (Hrsg.), 11/2004, Seitenzahl nicht verfügbar

http://www.neuegenossenschaften.de/gruendungen/index.html: Kräutergarten Pommerland eG in Ostvorpommern gegründet. In: Genossenschaftliche Mitteilungen vom Norddeutschen Genossenschaftsverband (Raiffeisen/Schulze-Delitzsch) e. V. (Hrsg.), 10/2001, S. 15 f.

Zerche, Jürgen/Schultz, Reinhard (2000): Genossenschaften als Kooperation. Einführung in ein wirtschaftswissenschaftliches Sondergebiet. Regensburg: Transfer Verlag

Zerche, Jürgen/Schmale, Ingrid/ Blome-Drees, Johannes (1998): Einführung in die Genossenschaftslehre. Genossenschaftstheorie und Genossenschaftsmanagement. München: R. Oldenbourg Verlag

Internetquellen

http://homepage.hamburg.de/ahr/

http://www.wg-ellerhoop.de/

http://www.neuegenossenschaften.de/gruendungen/index.html

http://www.programmkino-aalen.de/inhalt_start.html

http://www.eichenschule.de/

 © 2006 Maecenata Institut